

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Dringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die gespaltene Zeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 47.

Sonntag den 25. November.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Herren Bevollmächtigten!

Die Tabak-Arbeiter-Bestellungen auf Monat Dezember müssen bis spätestens Montag den 26. November bei uns aufgegeben sein. Bestellungen, die später einlaufen, werden erst nach dem allgemeinen Versand berücksichtigt. Die Expedition.

Bergeblüher Widerstand.

Der Hirtenbrief der preussischen Bischöfe ließ erkennen, daß der Klerus die christlichen Gewerkschaften für eine Gefahr für die kapitalistische Wirtschaft halten. In der That, wenn diese Gewerkschaften ernstlich eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder erstreben, ist das nicht anders zu erreichen, als daß die Unternehmer Zugeständnisse machen müßten. Das wollen aber weder die Unternehmer, noch die Geistlichkeit. Deshalb suchte der Hirtenbrief die christliche Arbeiterorganisation lahm zu legen.

Nun wollen jedoch die christlichen Gewerkschaftler sich vom Klerus nicht in die Parade fahren lassen und haben eine gemeinsame Kundgebung gegen die Einmischung der preussischen Bischöfe veranstaltet. Am 8. November tagte in Köln der Ausschuß des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und beschloß folgende Erklärung:

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die mit großer Mühe und unter großen Opfern jene ins Leben gerufen haben, müssen sich gegen den Ausdruck in dem Erlaß des Herrn Erzbischofs von Freiburg, daß ihnen das Wort „christlich“ nur leerer Schall und ein Ausschmückselbst sei und daß sie nur für die Sozialdemokratie jene Kreise organisierten, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollten, auf das entschiedenste verwahren.

Diese Annahme, wie sie in dem fraglichen Erlaß und auch in einem kleinen, allerdings nicht maßgebenden Teile der katholischen Presse zum Ausdruck gekommen ist, ist durch keinerlei Thatfachen begründet und eine unverdiente Kränkung der bisher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung thätigen Mitglieder und Freunde des Arbeiterverbandes.

Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in der Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel; doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen.

Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen erscheinen, halten wir an dem auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Mainz aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage bestehen sollen. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß, nachdem jetzt von zuständiger Seite die zu Tage getretenen Mißverständnisse beseitigt sind, der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften von keiner Seite fernerhin mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Der Unwille über die bischöfliche Einmischung in die Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften muß in katholischen Arbeiterkreisen sehr stark gewesen sein — oder befürchteten die Führer einen starken Abfall ihrer Gewerkschaften? — daß man zu einer solchen Gegenkundgebung schritt, die in den Augen des Klerus trotz aller Zähmheit als eine Auflehnung gegen das Pfaffenamt gilt.

Indes, allzuviel Gewicht legen wir der Erklärung nicht bei. Die Pfaffen haben noch andere Mittel, die Thätigkeit der christlichen Gewerkschaften brach zu legen, wenn sie dem Unternehmertum zu nahe tritt. Sanfte Mahnungen werden bloß vor der Öffentlichkeit erteilt, im intimen geistlichen Verkehr aber läßt man die Drohung des Bannstrahls auf die „Rädelsführer“ niederfahren. Und wir möchten sehen, wer dem widersteht. So sind die Führer à la Drust nicht geartet, daß sie diesen geistlichen Einflüssen unter allen Umständen trogen würden. Wir werden's ja erleben.

Vorläufig verzeichnen wir obige Erklärung als ein Zeugnis der Notwendigkeit, etwas gegen den Unmut, den der Hirtenbrief unter katholischen, organisierten Arbeitern hervorgerufen hatte, thun zu müssen. Als ein Zeichen ernsthaften Widerstandes gegen die Einmischung des Klerus in spezielle Arbeiterangelegenheiten betrachten wir sie nicht. Soll sie dies jedoch sein, so halten wir diesen Widerstand für vergeblich.

Der Einfluß des katholischen Klerus reicht weiter, als der Widerstand der gesamten christlichen Gewerkschaftler.

Brief aus Amerika.

New York, 25. Oktober. Der Streik und Lockout in der hiesigen Cigarrenindustrie ist in der Hinsicht in ein „neues Stadium“ getreten, als die Exekutivbehörde des Internationalen Cigarrenarbeiter-Verbandes bei derjenigen des nationalen gewerkschaftlichen Centralverbandes Federation of Labor die Verhängung des „Generalboikotts“ über die beteiligten Firmen beantragt und diese die Sache in Angriff genommen hat, indem sie zunächst durch den Präsidenten der Federation, Gompers, den letzteren ein „Ultimatum“ unterbreiten ließ, was aber keinerlei Erfolg hatte.

Die Sache hat übrigens ihre bedenkliche Seite. Vor fünf Jahren war nämlich über die Firma Kerbs u. Co., deren Arbeiter vor nun einem guten halben Jahr zum Ausstand veranlaßt wurden, ebenfalls ein Boykott verhängt und eine Anzahl Agenten (zu 5 Dollar pro Tag nebst Reisepesen) ins Land geschickt worden, um denselben zu „forcieren“. Das Resultat war, daß die Firma, welche damals 800 Arbeiter beschäftigte, beim Beginn des jetzigen Streiks über 1100 Arbeiter mehr verfügte. Die Gesamtzahl war ca. 2300, doch gehen davon 400 der Firma Straighton u. Storm ab, welche vor einigen Jahren mit jener verschmolzen ward. Jener Boykott nun ist bis heute nicht aufgehoben — und jetzt soll also noch einer obendrauf gesetzt werden! Ob der neue Boykott von denselben Agenten „forciert“ werden soll, die jahrelang ihre Bezahlung erhielten, oder ob noch eine Anzahl neuer eingesetzt werden sollen — wer weiß es?!

Eine andere interessante Episode ist folgende: In Philadelphia war ein Sympathiestreik in den Annex-Fabriken der hiesigen Streik- und Lockout- sowie derjenigen dortiger Firmen, die jene mit Waren versorgten, projektiert worden, was nach den Berichten der Streikführer auch „vom besten Erfolg gekrönt“ gewesen sei. In Wahrheit war es ein totaler Fehlschlag, und die Schuld daran ward besonders dem Sekretär einer der Unions in Philadelphia, Mahlon Barnes, zugeschrieben, dem die Exekutivbehörde der hiesigen Union Nr. 90 einen bezüglichen Vorwurf machte. Darauf aber stellte sich Barnes derselben und wies in einer anderthalbstündigen Darlegung an der Hand von erdrückendem Material nach, daß die Schuld am New Yorker Streikkomitee gelegen habe (in dem sich übrigens selbstverständlich auch Vertreter der „Nr. 90“ befinden), welches den Verbandsmitgliedern erlaubt hatte, in den inzwischen etablierten, über ganz Groß-New York verstreuten „Annex-Shops“ der Streik- und Lockoutfirmen zu arbeiten, und zwar aus dem Grunde, „um die Streikzahlliste so viel wie möglich zu reduzieren“. Die Philadelphiaer Unionsmitglieder erhielten Kenntnis von diesem Thatbestand, folgedessen der Sympathiestreik in die Brüche ging und jene sich zudem weigerten, die wöchentliche Ertragssteuer von einem Dollar zu bezahlen.

Nach Darstellung der Streikführer ist der Streik noch immer in „vollem Gange“, und als kürzlich in einer Konferenz der New Yorker Unions einer der Delegaten erklärte, daß die betreffenden Fabriken „bis zum Dach“ mit „Scabs“ gefüllt seien und der Streik als verloren betrachtet werden müsse, erregte dies bei ersteren einen solchen „Sturm der Entrüstung“, daß der Mann beinahe verhaufen worden wäre.

Genosse Meiser sagte auf der Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, daß ein Streik, der länger wie vier Wochen dauere, als verloren zu betrachten sei; und hier macht man den Leuten weiß, daß ein solcher nach einem halben Jahre günstig stehe!

Was den Streik in der Anthracitkohlenregion Pennsylvaniens betrifft, so ist derselbe noch nicht beendet, obwohl die auf Grund der Offerte einer zehnprozentigen Lohnerhöhung einberufene Konvention beschlossen hat, dieselbe anzunehmen unter der Bedingung, daß das

* Es sind noch diverse solcher „Boikotts“ im Gange, so seit Jahr und Tag einer gegen die hiesige Firma Uppman u. Co. (die nur feine Cigarren herstellt), über dessen „guten Erfolg“ zeitweilig berichtet wird. Wie viele „Agenten“ durch diese Schwindboikotts vor der Arbeit am Werkstück bewahrt werden, das wird den Mitgliedern freilich nicht auf die Nase gebunden!

Sliding Scale-System, welches übrigens nur bei den Reading und der Lehigh Valley Co. im Gebrauch war, abgeschafft und die Lohnerhöhung bis zum 1. April garantiert werde. Die beiden Gesellschaften haben die Forderung zugestanden, aber einige der großen und eine Anzahl der individuellen Unternehmer haben sich bezüglich der 10 Prozent noch nicht erklärt. Die Pulverpreisfrage war auf der Konvention „zurückgelegt“ worden, da man aus der Sache nicht klug werden konnte, und das Trucksystem, die Compagniearzt- und Lomengewichtsfraße kamen gar nicht zur Besprechung. — Wird der Streik auf Grund der 10 Prozent Lohnerhöhung für beendet erklärt, so ist damit an der elenden Gesamtlage der Kohlengraber unter den gewöhnlichen Verhältnissen kein Jota geändert.

Die Tabakindustrie auf der Pariser Weltausstellung.

III. (Schluß.)

Paris, im Oktober 1900

Machen wir nun noch einen Besuch in dem Pavillon der französischen staatlichen Tabakmanufakturen. Der Staat, der einzige Tabakfabrikant in Frankreich, ist in der früher besprochenen allgemeinen Abteilung für die Tabakindustrie nicht vertreten, sondern hat unweit des Eiffelturms ein eigenes monumentales, mit Säulen und Freitreppen geschmücktes Gebäude errichtet, in dem er die Tabakverarbeitung, wie sie in den staatlichen Werkstätten üblich ist, vorführt und ebenso die Streichholzfabrikation. Auch die Herstellung der Zündhölzer ist ja in Frankreich staatliches Monopol. Zur Veranschaulichung dieses letzteren Industriezweiges wird eine Maschine zur Herstellung von Phosphorzündhölzern ausgestellt, die ebenso wie die anderen Maschinen im ununterbrochenen Betrieb ist. Die Maschine wird von zwei Arbeitern bedient und liefert pro Stunde 300 000 getrocknete, zum Verpacken fertige Zündhölzer. Der Zündholzverbrauch bildet für den Staat eine große Einnahmequelle, denn die Zündhölzer, die auch der Armste nicht entbehren kann, müssen mit Wucherpreisen bezahlt werden. Eine kleine Schachtel schwedischer Streichhölzer kostet 10 Centimes, gleich etwas über 8 Pfg.; die Schachtel soll 60 Stück enthalten. Phosphorzündhölzer giebt es 80 für 10 Centimes, und diese größere Billigkeit ist der Grund dafür, daß in Frankreich noch in sehr starkem Maße die schlechtriachenden und gesundheitsgefährlichen Phosphorzündhölzer benutzt werden, die bei uns doch kaum noch in abgelegenen Gegenden anzutreffen sind. Außerdem wird noch eine sehr praktische Art von chemisch präparierten Streichhölzern hergestellt, die auch beim heftigsten Wind auf der Straße zünden und nicht verlöschen; diese scheinen in Deutschland noch nicht bekannt zu sein.

Von wunderbarer Vollkommenheit sind hier alle zur Cigarettenfabrikation dienenden Einrichtungen. Die eigentlichen Fabrikationsmaschinen fertigen die Hüllen und stopfen sie vollständig automatisch, so daß der Arbeiterin nichts weiter zu thun übrig bleibt, als langsam Tabak nachzuschütten. Andere Maschinen machen ebenfalls selbstthätig die Hüllen, in die die Cigaretten verpackt werden. Diese Maschinen sind mit einer kleinen Buchdruckvorrichtung versehen, und aus dem sich in die Maschine hineinrollenden farbigen Papierstreifen werden mit großer Geschwindigkeit fertig bedruckte und geflechte Hüllen für die kleinen Cigarettenpakete verfertigt. In diese Hüllen werden die Cigaretten dann mit Hilfe einer dritten Maschine verpackt.

Auf diese Weise ist fast der ganze Arbeitsprozeß in maschinelle Einzelleistungen aufgelöst, so daß für die Menschen nur wenige Handreichungen übrig bleiben. Man spricht nicht umsonst von einem „Bedienen“ der Maschine. In der That wird hier alle Arbeit, die Intelligenz und Geschicklichkeit erfordert, von den Maschinen verrichtet, während die menschliche Thätigkeit sich auf das Zuführen des Tabaks, das Aufstecken neuer Papierrollen, das Nachfüllen von Klebstoff, Buchdruckfarbe und dergleichen beschränkt.

Diese große Vervollkommnung der Fabrikationstechnik ist ermöglicht worden durch den außerordentlich starken Cigarettenverbrauch in Frankreich. In Paris

steht man fast ausschließlich Cigaretten rauchen, in den Provinzen auch die kurze Pfeife. Cigaretten werden weniger geraucht. Und auch das hat seinen guten Grund. Denn so gut und wohlriechend die französischen Cigaretten, auch die billigeren Sorten, sind, so schlecht sind die in den Staatsmanufakturen gemachten Cigaretten. In der Cigarettenfabrikation sind die französischen Staatswerkstätten weit hinter den deutschen Betrieben zurück. Dementsprechend veraltet und unpraktisch ist denn auch das wenige, was man über die staatliche Cigarettenfabrikation zu sehen bekommt.

Sehr interessant ist dagegen wieder die Anfertigung der kleinen Tabakpakete, die zu vielen Millionen verkauft werden und deren Inhalt zum Selbstdrehen von Cigaretten und für die kurzen Pfeifen benutzt wird. Auf der zur Anfertigung dieser Pakete dienenden Maschine wird der Tabak automatisch gewogen, die mechanisch verfertigten Hüllen werden gefüllt und geschlossen. Endlich gelangen die Pakete noch zur Nachprüfung auf eine automatisch arbeitende Wage, die selbstthätig die für richtig befundenen Pakete in den großen Sammelkorb speidiert, während die mit Manko oder Uebergewicht betroffenen ausgeondert werden.

Die Ausstellung der staatlichen Manufakturen zeigt sodann noch die eigentlichen Fabriken und ebenso die Einrichtungen für die Tabakzubereitung in Modellen oder Abbildungen. Recht interessant ist ferner noch die historische Ausstellung, in der gezeigt wird, in welcher Weise vor Einführung der Maschinenteknik, etwa bis zum Jahre 1860, in den staatlichen Tabakmanufakturen gearbeitet wurde. Allerdings wurden auch damals schon mancherlei maschinelle Hilfsmittel und Apparate benutzt, die aber doch noch recht primitiver Natur waren.

Es seien nun noch angeschlossen einige Mitteilungen statistischer Natur, die vom französischen Finanzministerium über die Entwicklung der staatlichen Tabakverarbeitung seit 1848 gemacht werden.

Es wurde verkauft:

Jahr	Schnupftabak kg	Rauchtabak kg	Cigaretten kg	Cigaretten kg	Zusammen kg	Einnahme Fr.
1848	6535579	11095912	668448	12680	18312619	116032452
1858	7365049	18358862	2400063	7097	28131071	176818741
1868	7947081	20068519	3122493	11959	31349992	247429671
1878	6982822	21203680	3361053	687646	32235101	331536895
1888	6048892	25636904	3494614	828908	36009318	363488138
1898	4915488	28574864	3140010	1519491	38149853	404602713

Auffallend ist der auch anderweitig beobachtete Rückgang des Schnupftabakverbrauchs und die Zunahme der Cigarettenfabrikation. Die Cigarettenfabrikation ist ebenfalls im Rückgang begriffen. Im ganzen ist der Tabakverbrauch im unaufhörlichen Wachsen begriffen. Allein aus der Tabakverarbeitung vereinnahmte der Staat in den letzten 10 Jahren zusammen 3 810 000 000 Franken, wobei er einen Reingewinn von 3 145 000 000 Franken erzielte! Das heißt also im Durchschnitt über 300 Millionen jährlich Reingewinn, wozu noch die Gewinne aus der Zündholzfabrikation kommen.

Ueber die Arbeiterverhältnisse in den staatlichen Tabakmanufakturen wird noch folgendes mitgeteilt: In allen Fabriken bildet die Accordarbeit die Regel, die Arbeit im Tage- oder Wochenlohn die Ausnahme. Die tägliche Arbeitsdauer beträgt 10 Stunden. Soweit Tagelöhne bezahlt werden, sind diese im Laufe der letzten 10 Jahre etwas gestiegen. Sie betragen 1889 für Männer: 4.82 Franken und jetzt 5.36 Franken im Durchschnitt; für Frauen 1889: 2.81 und jetzt durchschnittlich 2.34 Franken. Im ganzen waren zuletzt beschäftigt 16 660 Personen, und zwar 1550 Männer und 15 110 Frauen.

Ziemlich viel Aufsehens wird in dem amtlichen Bericht von den sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen“ gemacht. Die wertvollste davon ist wohl die Alterspensionskasse für die Arbeiter. Für den Fall, daß das 60. Lebensjahr zurückgelegt ist und 30 Arbeitsjahre absolviert sind, werden gezahlt: für Männer jährlich 600 Franken (etwa 486 Mk.) und für Frauen jährlich 400 Franken (etwa 324 Mk.). Außerdem bestehen noch Unterstützungseinrichtungen für Witwen und Waisen, Wöchnerinnen, Unterstützung in Krankheitsfällen, Kinderbewahranstalten und dergleichen.

Die Tabakarbeiter haben in diesem Jahre in Paris einen Kongress abgehalten und auf diesem als Forderungen einer künftigen Bewegung aufgestellt, daß die Alterspensionen für Männer 730 und für Frauen 540 Franken betragen sollen, auch soll das Erreichungsalter auf 55 Jahre für Männer und 50 Jahre für Frauen ermäßigt werden. Durch die Deputationen, die der Kongress zum Finanzminister schickte und die auch empfangen wurden, scheint nicht viel erreicht worden zu sein. Der Minister versprach nur, die Fragen zu „studieren“, erklärte dagegen, daß vom nächsten Jahre ab im Falle eines Unfalls die Pension schon nach 20 Arbeitsjahren gezahlt werden sollte, statt wie bisher nach 25 Arbeitsjahren.

Diese letztere „Verbesserung“ zeigt so recht die Rückständigkeit, in der sich die Sozialpolitik Frankreichs noch befindet. Zogend welche staatliche Versicherung gibt es eben nicht.

Freilich wenn man bedenkt, in welchen eicnden sozialen Verhältnissen noch weite Schichten der deutschen Tabakarbeiter leben (sind doch Durchschnittsverdienste von 12 Mk. die Woche für erwachsene männliche Arbeiter durchaus keine Seltenheit), dann erscheint die Lage der in den staatlichen Manufakturen Frankreichs beschäftigten Tabakarbeiter doch noch im rosigen Licht.

Lalivre.

Rundschau.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht: „Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, die von einer Interessentengruppe, dem Centralverband deutscher Großindustrieller“, die Summe von 12000 Mk. gefordert und erhalten haben, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?“

Sozialdemokratische Anträge. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer ersten Fraktionsitzung auch mit der Feststellung der einzubringenden Initiativanträge beschäftigt:

Es wurde beschlossen, die Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagrafen zu beantragen und die bereits in der vorigen Session gestellten Anträge betreffend die Gewerbegerichte und auf Erlaß eines Reichs-Vergesetzes zu wiederholen.

Auch die Anträge betreffend Ausdehnung der Gewerbeinspektion und gesetzliche Festlegung der Maximalarbeitszeit werden wieder gestellt.

Ebenso werden die früheren Anträge auf Aenderung des Art. 31 der Verfassung (Aussetzung der Straftat der Abgeordneten während der Session) und auf Erlaß eines Reichs-Bereins- und Versammlungsgesetzes, sowie eines Gesetzes zur Sicherung des Koalitionsrechts und der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeits- und Einigungsämtern sowie eines Reichs-Arbeitsamts wieder eingebracht.

Zu den in voriger Session unerledigt gebliebenen Anträgen treten neu hinzu Anträge auf Erlaß von Reichsgesetzen betreffend das Verbot gewerblicher Kinderarbeit sowie das Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Fabrikation von Streichhölzern.

Ferner bringt die Fraktion aus Anlaß des immer mehr um sich greifenden absolutistischen Regiments einen Antrag, wonach durch Abänderung der Reichsverfassung für alle vom Kaiser in Ausübung der Reichsgewalt vorgenommenen politischen Handlungen und Aeußerungen, auch wenn sie nicht vom Reichskanzler gegengezeichnet sind, der Reichskanzler dem Reichstage verantwortlich wird.

Hiermit wird zugleich ein Antrag auf Erlaß eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes für das Reich verbunden sein. Der vor mehreren Jahren gestellte Antrag auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise wird aufs neue eingebracht.

Zur Beseitigung des sogenannten fliegenden Gerichtsstandes für die Presse und der richterlichen Auslegung über die Verjährung bei Preßdelikten wird ein Antrag auf Abänderung des Preßgesetzes gestellt.

Von den sozialdemokratischen Frauen gestellten Forderungen auf gesetzlichen Schutz der Frauenarbeit (Nachtarbeit, Wöchnerinnenschutz u. s. w.) entsprechend, hat die Fraktion beschlossen, betreffende Anträge zu stellen.

Ultramontanes Schweißgebot. Vom Augustinus-Preßverein ist an die ultramontane Presse die Weisung ergangen, über die Erlasse der Bischöfe über die Gewerkschaften und die sich daran anknüpfenden Auseinandersetzungen sich künftig auszuschweigen. Man begreift, daß dem Centrum die das Centrumsproletariat immer mehr aufregende Erörterung der künftigen Gewerkschaftsfrage äußerst unangenehm ist. Weider kann man der nichtultramontanen Presse nicht gleichfalls das Schreiben und vor allen Dingen den katholischen Arbeitern das Denken nicht verbieten.

Ein kaiserlicher Sanitätsrat über die Aufgaben der Krankenversicherung. Aus Elsaß-Lothringen schreibt man dem Karlsruher Volksfreund: Von einem Aktienstück, das die Auffassung gewisser Kreise von den Aufgaben unserer vielgerühmten Sozialgesetzgebung in ein bezeichnendes Licht rückt, hat die Öffentlichkeit durch die Tagespresse Kenntnis erhalten. Dasselbe wurde vom Vorstand der gemeinsamen Ortskrankenkasse für den Kanton Buchsweiler (Unterelsaß) an die Arbeitgeber des Kassenbezirks verhandelt und hat folgenden Wortlaut:

Im Anschluß an beifolgende Vorschriften über das Verhalten der Mitglieder in Erkrankungsfällen erucht der Vorstand die Herren Arbeitgeber abermals dringend, diese Vorschriften ihren Arbeitern mitzuteilen und bekannt zu machen, daß es sich herausgestellt, daß dieselben vielfach mißachtet und umgangen werden, wodurch die Kasse sehr geschädigt und infolge der ganz anormalen Ansprüche an dieselbe die Beiträge erhöhen müßte.

Die Herren Arbeitgeber werden ferner erucht, in Zukunft nach Möglichkeit nur gesunde Arbeiter einzustellen, jedenfalls aber notorisch und periodisch frante, bereits invalide Leute, auch solche mit Gebrechen und epileptischen Anfällen Behaftete und bekannte Trunkenbolde nicht mehr in Arbeit zu nehmen, da die Wohltaten des Krankenversicherungsgesetzes keineswegs für solche bestimmt sind und die Mittel auch nicht für solche Fälle ausreichen.

Der Vorstand: Dr. Hoefel. Herr Dr. Hoefel, der in diesem von eminent christlichem Geiste durchwehten Dokumente die menschlich erhabene Anschauung vertritt, daß alle „notorisch oder periodisch kranken“ Arbeiter verdienten, durch völlige Brotlosmachung dem Hungertode überliefert zu werden, ist kaiserlicher Sanitätsrat und als langjähriger Vertreter des 11. elsass-lothringischen Wahlkreises eine Forderung der freikonservativen Reichstagsfraktion.

Die Handhabung des Vereinsgesetzes im Königreich Sachsen. So lesen wir in der Sozialen Praxis, ist von jeher ein Gegenstand aufrichtiger Bewunderung für alle diejenigen gewesen, die sich an der Zindigkeit der Polizei- und Verwaltungsbehörden erfreuen. Neuerdings aber scheint man sich in der Begründung von Versammlungsverboten selbst zu übertreffen. Wir registrieren folgende Fälle. In Pleiße sollte in einem von einem Garten umgebenen Hause eine Versammlung stattfinden, in der ein sozialdemokratischer Redakteur aus Chemnitz über „Chinawirren und Weltpolitik“ zu referieren gedachte. Die Versammlung wurde aber verboten, weil aus den Nachbarhäusern und von einem Fußwege aus Minderjährige möglicherweise zuhören könnten! In Niederfrohna wäre es beinahe aus gleichem Grunde — mehrere Häuser und die Landstraße in der Nähe des Versammlungsortes — zu einem Verbote gekommen; doch begnügte sich schließlich die Behörde mit der Gewähr, daß Minderjährige von dem Zuhören ausgeschlossen würden. Anders in Grünhain. Hier bot die Lage des Versammlungsortes Veranlassung zum Verbot, da die Möglichkeit eines Waldbrandes und einer Kollision mit den angrenzenden Grundbesitzern nicht ausgeschlossen sei. Ein hübsches Seitenstück dazu bietet ein Fall in Bischofsberga; hier sollte auf einem eine halbe Stunde von dieser Stadt entfernten Grundstücke eine Versammlung abgehalten werden, der Stadtrat verbot sie jedoch, da wegen der Nähe der Stadt durch jene Versammlung die allgemeine Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werde. Alle diese Verbote

betrafen natürlich sozialdemokratische Arbeiterversammlungen. Ob sich jene wohlweisen Behörden in stillen Stunden nicht selbst sagen, daß durch solche Begründungen ihrer Maßnahmen das Rechtsgefühl der Bevölkerung auf das allerhöchste verwirrt und zerstört und die staatsfeindliche Gefinnung geradezu gezüchtet werden muß?

Die Lage des Arbeitsmarktes. Ein anderes Gepräge als die Börse mit steigenden Kursen zeigt das gegenwärtige Bild des Arbeitsmarktes. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt angeschlossen sind, drängten sich im Oktober um 100 offene Stellen 120, Arbeitsuchende (gegen 104, im Vorjahre). Namentlich nimmt bei den ungerlehnten Arbeitern die Zahl der Arbeitslosen sichtlich zu; außer von Berlin wird sie auch schon von mittleren Städten, wie Mainz, berichtet. Aber auch bei den Metallarbeitern wächst die Arbeitslosigkeit, so in Heidelberg, Mannheim, Mainz, Freiburg in Br., in den rheinisch-westfälischen Industriezentren, in Berlin. In der Textilindustrie ist trotz einiger Lichtpunkte eine allgemeine Besserung nicht zu finden, vielmehr greift die Krise auch auf Bezirke über, die bisher verschont blieben. So arbeiten in der Weberei Bielefelds ca. 1500 Arbeiter nur fünf Tage in der Woche. Im Baugewerbe ist überwiegend schon stille Zeit, obwohl das Wetter noch nicht dazu drängt.

Gewerkschaftliches.

Neu-Ruppin. Die Differenzen sind zu unjeren Gunsten beigelegt. Der Zuzug ist wieder frei.

Rauen. Die Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher wegen Auskunft über die hiesigen Verhältnisse, in ihrem eigenen Interesse, an Albert Müllensstädt, Feldstraße 22, wenden.

Drösch. Der Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Adolf Tendinger Lohn Differenzen bestehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Birnbaum. Da Maßregelungen vorgekommen und Lohn Differenzen bestehen, ist Zuzug fernzuhalten.

Spremberg. Die reisenden Kollegen wollen auf alle Fälle unseren Ort meiden, weil Maßregelung vorliegt und Lohn Differenzen bestehen.

Oberhausen. Hier bestehen Lohn Differenzen; deshalb ersuchen wir, Zuzug fernzuhalten.

Die Thätigkeit der verflorenen Generalversammlung und die Stimmung über dieselbe.

Als ich in Nummer 35 des Tabak-Arbeiters in einem Artikel zur Generalversammlung die Ansicht kundgab, daß eine Generalversammlung nicht jedem Befriedigung bringen könne, und daß es unmöglich sei, über einzelne Anträge, die das Produkt der verschiedenartigen Ortsverhältnisse sind, eine allgemeine Richtschnur zu geben, da war's mir schon klar, daß nach der Generalversammlung sich die Stimme der Kritik erheben werde, und daß eine gewisse Unzufriedenheit zum Ausdruck käme. Hier spreche ich es nun mit einer gewissen Befriedigung und Genugthuung aus, daß auch die Redaktion des Tabak-Arbeiters sich von dem Grundsatze leiten läßt, freier Meinungs austausch fördert die Sache und erzeugt keinen Stillstand.

Betrachten wir nun die positive Arbeitsleistung der Generalversammlung, so muß ein jeder Unbefangener zugeben, daß es Zeiten giebt, wo man gerne thätig handeln möchte, aber immer wieder das Gefühl zum Vorschein kommt, als wenn man von unsichtbaren Fesseln umschlungen gehalten würde. Es ist dies keine Mutlosigkeit, nein, es sind berechtigte Bedenken, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringen, und hier komme ich zu der hauptsächlichsten Frage, von der die Generalversammlung in Anspruch genommen wurde, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Zwei scharfe Richtungen machen sich bezüglich dieser Frage seit Jahren geltend und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß vorläufig an eine Durchführung nicht zu denken ist. Die Befürworter sowohl wie die Gegner tragen ihren Ortsverhältnissen Rechnung, und jeder glaubt, nach bestem Ermessen zu handeln. Nunmehr möchte ich die Frage aufwerfen: Ist es denn gerade notwendig, daß eine offizielle, das heißt, eine durch den Verein diktierte Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird?

Hat die Zahlstelle Brandenburg diese Frage nicht auf lokales Gebiet verlegt? Und wenn jede Zahlstelle, die da glaubt, mit lokalen Verhältnissen rechnen zu müssen, auch diese Frage zur eigenen machte, würde dadurch nicht mit der Zeit ein Material zusammengesammelt werden, welches einer späteren Generalversammlung unschätzbare Dienste leistete? Auf diese Frage wird man antworten: Nein, wir wollen eine obligatorische Einführung. Nun wohl, dann beschäftigen man sich mit den Grundlagen der Arbeitslosenunterstützung, nämlich mit der Einführung eines einheitlich geregelten Arbeitsnachweises, dann mit den verschiedenen Zahlungsformen, denn hier kann kein gleiches Maß zur Anwendung kommen.

Und aus diesen Gründen entsteht die Schlussfolgerung: die Reorganisation unseres Verbandes. Aber auch vor dieser Aufgabe braucht man nicht zurückzuschrecken, ist es doch ein ewiges Drängen nach vorwärts.

Man bekommt nun weiter oftmals die Klage zu hören, der Verein leistet nichts, und gerade hier in Hamburg und Umgebung ist diese Redensart sehr üblich geworden. Daher habe ich mir oftmals die Frage vorgelegt: ist es denn wirklich so? Man spricht von den gewerkschaftlichen Reisenden, von denen, die die Kasse auszumunzen suchen. Jawohl, es giebt einzelne Fälle, aber hat man nicht überall mit diesen einzelnen Fällen zu rechnen? Sind diese Einzelfälle aber stichhaltige Gründe? Den Kollegen, die da glauben, daß der Verein nur für Reisende existiere, möge eine Uebersicht der Gesamtausgabe vom Jahre 1884 bis 1894 vor Augen geführt werden, vielleicht wird man dann objektiver urteilen.

An Reiseunterstützung	208319.58 Mk.
„ Unterstützung nach § 12 (Streifs)	174005.17 „
„ „ „ § 10 (Gemeinregelte)	36503.23 „
„ „ „ § 9 (Ablesen der Ehehäute)	19980.— „
„ „ „ § 2 (Umzugskosten)	2661.77 „
„ Druckfachen, Gewerkschafter und Bücher	183812.31 „
„ Verwaltung der Zahlstellen	31901.80 „
„ anderen Verwaltungskosten der Zahlstellen	26008.64 „
„ Verwaltung des Vorstandes	18661.20 „
„ anderen Verwaltungskosten f. Vorst. u. Ausschuß	21639.13 „
„ Agitation und Projektkosten	8136.83 „
„ Generalversammlungen	16504.52 „
„ die Generalkommission in Hamburg	3700.15 „

Außerdem wurde in diesen 10 Jahren aus freiwilligen Beiträgen die Summe von 529133.31 Mk. verausgabt.

Wenn weiter der Verband vom Jahre 1894 bis 1899 eine Gesamtausgabe von 1017780.43 Mk. hatte, und die Reise

unterstützung den Betrag von 162901.93 Mk. erforderte, so kann man doch wohl nicht behaupten, wenn für die übrigen Ausgaben noch die Summe von 854878.45 Mk. verbleibt, daß unser Verband nur den Reisenden zu gute komme. Im Gegenteil, es hat sich in den letzten fünf Jahren eine Verschiebung zu Gunsten der Verheirateten herausgestellt. Zum Beispiel bei Streiks, Umzügen, Sterberegeln stellen die Verheirateten einen größeren Prozentsatz. Lassen wir also diese Engbrzigkeit fallen und behandeln das Große und Ganze. Ich erinnere mich noch der großen Hamburger Aussperrung. Ich war zu jener Zeit im Süden. Haben wir nicht alle unsere Pflicht erfüllt, taten wir nicht, was in unseren Kräften stand? Und heute! Wie hat sich das Verhältnis verschoben, damals die hohe Begeisterung und das Verständnis für die Organisation, jetzt eine Mutlosigkeit, ja in vielen Fällen eine Faulheit und Lässigkeit, die wahrlich für Hamburg nicht mehr am Platze sein sollte. Zugegeben, daß die Hausindustrie hier selbst ein hindernder Faktor ist für die weitere Verbreitung unseres Verbandes, aber die Hausarbeiter vergessen sich zu leicht; gerade diese sind der Auffassung, daß sie der Organisation nicht Sympathie entgegenzubringen brauchen. Prozentual stehen die Hamburger Kollegen vielen Zahlstellen von Mittel- und Süddeutschland gegenüber zurück. Mögen aber die jüngeren, die ja die verpönten Reisenden sind, mögen sie sich nicht von diesen Verhältnissen umfassen lassen, sondern frisches pulstierendes Blut in unsere Organisation hineinbringen. Und ist es seitens der älteren Kollegen ein ehrliches Wort, daß sie glauben, durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hierorts mehr zu schaffen, dann mögen sie, wie schon am Anfang erwähnt, dem Brandenburger Beispiele folgen und vorläufig eine örtliche Arbeitslosenunterstützung einführen. Dann werden wir ja sehen, ob es allen ernst ist, und dann geben wir der nächsten Generalversammlung das Material zu einer eventuellen obligatorischen Einführung. Wie schon erwähnt, die Generalversammlung war unter den gegebenen Verhältnissen in ihrer Tätigkeit eingeengt, und ein wirklicher Förderer unserer Bewegung ist nicht der, der bei der Kritik stehen bleibt, sondern derjenige, der raschlos seine ganze Tätigkeit entfaltet und bestrebt ist, bei allen Fragen Objektivität gelten zu lassen.

Hamburg. W. Herrmann.

Berichte.

Altona. Wie im Tabak-Arbeiter seiner Zeit bekannt gegeben, wurden die Kollegen Krohn und Ostertag, wie alle übrigen Bevollmächtigten dieser Gewerkschaftszahlstellen seitens der Polizeibehörde aufgefordert, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, welches die beiden Genannten jedoch verweigerten, worauf Strafmandate über 15 Mk. oder 5 Tage Haft folgten. Hiergegen wurde Berufung eingelegt und sprach das Schöffengericht die Angeklagten frei. Nun legte aber der Amtsanwalt Berufung ein und bestätigte das Landgericht dieselbe mit der Einschränkung, daß eine eventuelle Haftstrafe nicht eintreten könne, da im preussischen Vereinsgesetz in diesem Falle eine solche nicht vorgesehen sei.

Um die Sache zum endgültigen Austrag zu bringen, melde den die Angeklagten beim Kammergericht rechtzeitig Berufung an und hofften auf Erfolg, zumal in derselben Materie mehrere gegenfällige Entscheidungen des obersten preussischen Gerichts vorlagen. Dieses wies jedoch die Revision mit folgender Begründung zurück:

„Die Angeklagten, welche Vorsteher eines Vereins (Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in Altona und Ortensen) sind, der eine Einrichtung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, sind am 5. Februar 1900 vom Polizeiamt Altona aufgefordert worden, ein Verzeichnis ihrer Vereinsmitglieder vorzulegen — dieser Aufforderung aber nicht nachgekommen, weil ein solches schon vor einigen Jahren von ihren Vorgängern eingereicht worden war. Deshalb aus § 2 der Verordnung vom 11. März 1850 verurteilt, haben sie rechtzeitig und formgerecht Revision eingelegt. Sie behaupten Verletzung des angezogenen Paragraphen und beziehen sich auf ein Urteil des Kammergerichts vom 6. Juni 1898 (in Sachen Dechand), in welchem allerdings ausgeführt worden war, daß die Vereinsvorsteher ein zweites Mitgliederverzeichnis nicht einzureichen brauchen, wenn bei Gründung des Vereins ein solches der Polizei überhandt worden war. Inzwischen ist das Kammergericht aber in konstanter Rechtsprechung von seiner Auffassung abgewichen, die neder aus dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des Gesetzes sich mit Sicherheit ergibt, noch praktisch durchführbar erscheint. Dieser neueren Rechtsprechung des Kammergerichts folgend, hat der Berufungsrichter zutreffend dargelegt, daß § 2 des betreffenden Gesetzes diejenigen Verpflichtungen, welche die Vereinsvorsteher ohne weiteres und binnen drei Tagen erfüllen sollen (Einreichung der Statuten, des Mitgliederverzeichnisses, der Änderungen), von denjenigen unterscheidet, welchen sie nur auf Aufforderung der Ortspolizeibehörde nachzukommen haben („jede darauf bezügliche Auskunft“). Daß „jede darauf bezügliche Auskunft“ unter Umständen auch die Vorlegung eines neuen vollständigen Mitgliederverzeichnisses oder der Statuten umfassen müßte, ergibt sich schon daraus, daß die der Polizei eingereichte erste Liste (oder das Statut) verbrannt oder sonst abhanden gekommen sein kann, daß der von der Polizei verlangten Auskunft — z. B. über Vornamen, Stand, Wohnung der Mitglieder — oft zweckmäßigerweise nur die Form einer neuen Liste zu geben ist, daß die eingereichten Verzeichnisse und Änderungen so nachlässig aufgestellt sein können, daß ihre Erneuerung geboten ist. Wäre die Polizeibehörde verhindert, in solchen und ähnlichen Fällen ein neues Mitgliederverzeichnis (Statut) einzufordern, so würde der Zweck jenes Paragraphen, eine Überwachung der politischen Vereine zu ermöglichen, vereitelt werden. Sollten die Vereinsvorsteher der Meinung sein, daß die wiederholte Einforderung des Mitgliederverzeichnisses oder der Statuten, ohne hinreichenden Grund, wohl gar zur Schikane geschähe, so steht ihnen die Beschwerde an die vorgesetzte Instanz ebenso frei, als wenn jenes Recht, Auskunft zu fordern, in anderer Weise mißbraucht werden sollte. Die Revision war daher zurückzuweisen.“

Das Kammergericht hat also durch dieses Urteil seine Meinung seit dem Urteil in Sachen Dechand geändert und damit sich selbst desaboniert. Der letzte Satz der Begründung ist allerdings beachtenswert; ob das Gericht wohl für möglich hält, daß die Polizei die Listen zur Schikane fordern, oder „in anderer Weise damit Mißbrauch“ treiben könne? Wir trauen der lieben preussischen Polizei so etwas nicht zu, und werden uns darum auch wohl kaum beschweren können. Wann aber wird einmal dieses antike Wunderwerk „Vereinsgesetz“ in die Kumpellammer geworfen?

Cöln. Die Tagesordnung der letzten Versammlung lautete: 1. Zahlung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bericht von der Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt, erhielt zum zweiten Kollege Klein als Berichterstatter das Wort und führte ungefähr folgendes aus: Im allgemeinen war man gespannt auf die Beschlüsse, die gefaßt wurden speziell über die Arbeitslosenunterstützung. Man hatte bei dieser Materie hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die vorliegende Statistik nicht maßgebend sein könne, da dieselbe in einer Zeit der Prosperität aufgenommen und die Einführung jetzt nicht zweckmäßig sei, da eine Krise vor der Tür stehe. Die Freunde dieser Unterstützungsform beantragten, da dieselbe abgelehnt wurde, weitere Fortsetzung der Statistik, um der nächsten Generalversammlung eine Unterlage zu geben aus der Zeit der Krise. Daß eine Aenderung betreffs der Reise- und Umzugsunterstützung vorgenommen wurde, war im allgemeinen Interesse not-

wendig, zumal die Beitragserhöhung um 5 Pfg. abgelehnt war, und auch die Kassenverhältnisse nicht die besten seien. Beispiele waren genug vorhanden, wo der Verein bluten mußte in starkem Maße, womit aufgeräumt werden mußte. Dies ist auch geschehen. Was die Anstellung des dritten Beamten anbelangt, so war diese infolge der gegebenen Verhältnisse auch am Platze, ebenso die Annahme der Resolution, die Haltung des Vereinsorgans betreffend. Die Diätenfrage hatte wohl viel Staub aufgewirbelt, aber die bisher bezahlten seien gerade ausreichend, niedriger könnten sie nicht gestellt werden, wenn wir uns nicht selbst schädigen wollten. Nachdem Klein noch auf die einzelnen Punkte zu sprechen kam, fand eine Diskussion statt. Nach derselben wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung sowohl wie mit der Haltung des Delegierten auf derselben vollständig einverstanden.“ Bei Punkt 3 kam die Entlassung eines Kollegen in Brühl zur Sprache; die Sache ist folgende: Der betreffende Kollege stellte die Forderung von 50 Pfg. mehr Lohn pro Tag. Der Unternehmer sagte, er möchte 8 Tage Beurlaubung haben. Als diesfalls ein waren, erinnerte der Arbeiter den Herrn daran, welcher darauf erwiderte, ihm am Samstag nächster Woche definitiv Bescheid geben zu wollen. An dem betreffenden Tage wurde die Erhöhung einfach abgelehnt. Der Arbeiter wollte nun zu den alten Bedingungen weiter arbeiten, mußte aber das Lokal verlassen. Dieserhalb wurde die Firma gesperrt. Mögen die Kollegen davon Notiz nehmen, die Firma heißt Brück in Brühl bei Cöln. Nachdem der Vorsitzende ersucht, die Versammlungen besser zu besuchen und das Sekretariat, das am 1. Januar eröffnet wird, zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Striegau. Am 10. November tagte hier eine Mitgliederversammlung in der Brauerei zur Bierquelle, die leider sehr schwach besucht war. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig: 1. Abrechnung vom III. Quartal, 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure, 3. Bericht von der Generalversammlung, 4. Wahl dreier Stellvertreter zum Gewerkschaftskartell. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Tillmann den Kassenbericht, der für richtig befunden wurde. Bei der Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure wurden gewählt: Paul Giesmann, 1. Bevollmächtigter; Oswald Tillmann, 2. Bevollmächtigter; Paul Bänisch, 3. Bevollmächtigter; H. Zahmsfeld, W. Weberhof und R. Baron, Kontrolleure. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung, nahm Kollege Döring das Wort. Er berichtete ausführlich über die Generalversammlung. Nach dem Berichte wurde in die Debatte eingetreten. Kollege Bänisch führte in der Diskussion aus, daß man sich wohl mit den Beschlüssen einverstanden erklären könne, mit Ausnahme der über die Streik-, Reise- und Umzugsunterstützung. Was die Streikunterstützung anbelangt, meint Kollege Bänisch, ist es absolut ein Unrecht, wenn die kleinen Städte weniger Unterstützung erhalten sollen, als die großen Städte, denn die Kollegen in den großen Städten zahlen auch nicht mehr Beitrag, wie die in den kleinen und, führt Redner weiter aus, wenn immer gesagt würde, in den großen Städten sind die Lebensmittel und Wohnungen teurer, so solle man doch einmal, was die Lebensmittel anbelangt, einen Marktbericht zur Hand nehmen, da würde man erleben, daß die meisten Artikel billiger sind, als in einer kleinen Stadt. Und die Wohnungen sind genau so teuer wie in einer großen Stadt. Denn bei der wachsenden Vergrößerung der Industrie und deren Verlegung in die kleinen Städte ist es doch klar, daß Arbeiter zuziehen, und die Folge ist Wohnungsnot. Aus diesem Grunde seien die Behauptungen, die da angeführt würden, nicht stichhaltig. Es wäre gerecht gewesen, wenn man den Antrag Striegau, der besagte, daß bei Streiks die Unterstützung in allen Städten gleich sein solle, angenommen hätte. Was die Reiseunterstützung anbelangt, so sagt Kollege Bänisch weiter, ist es eine Härte den reisenden Kollegen gegenüber, daß man eine so niedrige Summe festgesetzt hat; denn bei schlechtem Geschäftsgang, wo doch viele Kollegen arbeitslos werden und auch nicht gleich wieder Arbeit bekommen, müßten dieselben lange laufen und es würde nicht lange dauern, so sei die Summe erhoben. Gäbe es keine Arbeit — und Hunger thut weh, das weiß jeder — dann würde man betteln gehen müssen; die Folge ist das Arbeitshaus. Hätte man eine höhere Summe angefaßt, so wäre das besser gewesen. Im weiteren Verlauf der Debatte meldete sich noch einmal Kollege Döring zum Wort, um das Ausgeführte zu widerlegen. Es wurde dann eine Resolution angenommen, die folgendermaßen lautet: „Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Striegau, erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden, mit Ausnahme der Reise-, Streik- und Umzugsunterstützung; die hiesige Mitgliedschaft erblickt darin eine große Schwächung der Mitglieder in puncto Reise- und Umzugsunterstützung.“ Es wurden dann noch drei stellvertretende Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt und zwar die Kollegen Janda, Großer, Zahmsfeld. Hierauf Schluß der Versammlung.

Schwiebus. Am 10. November fand im Lokale des Herrn G. Gondolatsch eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Schwiebus, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom III. Quartal 1900; 2. Gewerkschaftliches; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. Beim zweiten Punkt entspann sich eine längere Debatte über die Mißstände, die sich in der Winkelschiff-Fabrik eingeschlichen hatten. Seit einem Jahre hat sich die Lage der Arbeiter bedeutend verschlechtert. So wurde schon vor einiger Zeit mit Abzügen von dem schon geringen Lohn gedroht, die durch das energische Eingreifen der Arbeiter zurückgewiesen wurden. Vor einigen Wochen wurde nun von seiten der Geschäftsleitung wieder eine Verschlechterung eingeführt insofern, als die Decke, die nicht aufs beste ist, mit der Rippe aufgesetzt wird, während sie früher entrippt wurde. Dagegen können sich die organisierten Arbeiter, der schlechten Geschäftslage wegen und des Druckes, den sie von den weiblichen Kollern und den vielen Lehrlingen zu erleiden haben, natürlich nicht zur Wehr setzen. Leider gibt es auch zwei organisierte Kollegen, die den übrigen direkt zuwider handeln. Nachdem ihnen bekannt war, daß die Decke mit der Rippe aufgesetzt wird, fingen sie gleich an auszurippen. Zum 3. Punkt wurden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten erörtert. — Daraus wird ein jeder ersehen, wie die Lage der Tabakarbeiter am hiesigen Orte beschaffen ist. In den anderen Fabriken steht es auch nicht viel besser. Es wird darum Sache der organisierten Kollegen sein, fest zu ihrer Organisation zu halten und dafür zu sorgen, daß sie die noch fernstehenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen dem Verbands zuführen.

Hamburg-Gimsbüttel. (Protokoll.) In Nr. 46 vom 18. Nov. befindet sich ein Versammlungsbericht aus Otensen mit einer Resolution, die unter anderem den Passus enthält: „Die Versammlung bedauert, daß in den wichtigsten Fragen die Majoritäten das geistige Niveau moderner Arbeiter nicht erreichten.“ ... Hierzu erlauben wir uns folgende Bemerkung: Das Recht der Kritik sowohl wie die Annahme einer Resolution können wir keiner Mitgliedschaft streitig machen. Wenn aber die Schärfe der Kritik derartig zum Ausdruck kommt, daß nicht nur die Majorität der Generalversammlung, sondern auch die dahinter stehenden Mitgliedschaften in Mitleidenschaft gezogen werden, so ist es eines jeden Mitgliedes Recht, dies zurückzuweisen. In dem Sage: Sie bedauert, daß in den wichtigsten Fragen die Majoritäten das geistige Niveau moderner Arbeiter nicht erreichen, liegt eine solche Ueberhebung einerseits und eine Herabsetzung andererseits, daß das Maß einer gerechten Kritik damit überschritten ist. Wir, die wir uns als Gegner mancher Anträge erklären, werden uns nicht dazu versteigen, dieser oder jener Richtung die Urteilsfähigkeit abzuprechen. Wir sind der Ueberzeugung, daß sämtliche Mitglieder eine Hebung des Vereins wünschen, daher wünschen wir auch, daß das „geistige Niveau“ sich nicht selber zur Lächerlichkeit stempelt. Die Stellungnahme der Otenser fördert nicht das Gemeinwohl, sondern ruft Zwistigkeiten hervor. Mehrere Mitglieder. J. H.: W. Herrmann.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Bischofswerda. Nein.

Literarisches.

Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend 1901. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Reudnitzer Straße 11. Preis 50 Pfg., Porto 10 Pfg. Das Buch enthält Angaben über politische und gewerkschaftliche Organisationen, Adressen der Redner, die Genossenschaften etc. Dem gut ausgestatteten Werke ist eine gut gearbeitete Wanderkarte für Leipzigs weitere Umgebung beigelegt. Auch Nichts Leipziger werden eine Menge anregenden Stoffes in dem Werke finden.

Vereinsteil.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftskolal: Hamburg-Ohlenhorst, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:		Brake	50.—
Fürstenwalde	50.—	Mühlhausen	100.—
Mittweida	100.—	Summa	300.—
Bidenbach	35.—	Durch die Hauptkasse erhaltene Krankengeld:	
Dobrilugk	50.—	B. Fudol Steinfeilerdorf	10.80
Summa	235.—	D. Gaunig, Dösch	10.80
Sterbefälle:		F. Krüger, Heppens	10.80
Brieg	9.25	E. Liebe, Glückstadt	10.80
Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:		F. Wulfsdorf, Welle	55.50
Leipzig	100.—	(Kurtkosten)	
Dobrilugk	50.—	Summa	98.70
Hamburg, den 19. November 1900.			
H. Otto.			

Verloren gegangen und im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren ist das Mitgliedsbuch Nr. 9324 B, lautend auf **C. Schugardt aus Gesevig.**

Mitglieder-Versammlungen:

Zu Berlin II: Dienstag den 27. November abends 1/9 Uhr bei Hirte, Elisabethstraße 14. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung der Centralkasse. 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der Revisoren und Krankenkassentrolleure. Die Mitglieder werden dringend ersucht, sich recht zahlreich einzufinden zu wollen.

Zu Cöln a. Rh.: Sonnabend den 25. November abends 5 Uhr im Lokal zum Köpfel, Neumarkt. Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Martinistr. 4, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an **W. Niederweland, Bremen, Martinistraße 4, II.**

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II.** zu adressieren.

Bekanntmachung.

Wilh. Gramann aus Güstrow, Buch Ser. II, 10209, hat in Deuben 22 1/2 Reiseunterstützung zwibel erhalten. Dieser Betrag ist in Abzug zu bringen und eventuell mit einem entsprechenden Vermerk in Abrechnung zu stellen.

Die Bevollmächtigten und sonstige Kollegen, die die Abresse des **Emil Guth aus Jastrów** kennen, werden ersucht uns dieselbe mitzuteilen.

Das auf den Namen **Louis Ludwig aus Barenden** lautende Buch 05215 ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 13. bis 19. November 1900 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		
12. November.	Bassum	10.—
"	Weida	15.—
"	Roßhof	50.—
"	Nieder-Salzbrunn	30.—
"	Rixdorf	30.—
"	Groß-Schönau	60.—
13.	Sorau	40.—
"	Glückstadt	45.—
"	Danzig	40.—
14.	Magdeburg	100.—
"	Leipzig	100.—
15.	Weshold	7.27
16.	Croffen a. Elster	25.—
17.	Cüstrin	50.—
18.	Erier	78.10
"	Löbna	100.—
"	Jauer	200.—
"	Schwedt a. D.	100.—

B. Für Annoncen:
17. November. Gasteb, W. Bogeler, in Nr. 47 d. Tab.-Arb. —.70
10. November heissen: Dobrilugk 35 A statt 30 A.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Erlaube die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 19. November 1900. **W. Niederweland,** Kassierer.

Provisorisch aufgenommen sind:

Robert Thom, Karl Thom, Paul Pazwald, Gustav Bredlow, Joh. Wendlin, Karl Zindler, Friedr. Wendler, Friedr. Lemke, Gust. Kropp, Wilh. Witte, Lina Witte geb. Belz, Reinh. Kaps aus Jastrów, Emil Berlin aus Stollp, Leonh. Sidow aus Bubbin, Marie Mausolf, Emma Berlin, Albert Hinkelmann aus Jastrów. (171)

Abolf Wienberg aus Lübeck (z. N.). (160)
Heinr. Vier aus Münden (z. N.), Aug. Zwele aus Volkmarshausen (z. N.). (216)
Helene Schaller, Welly Bucher, Frida Haubenreißer, Anna Böhme aus Taubenpreskeln, Lydia Timmel aus Liebschwitz. (440)
Rudolf Müller aus Mühlhausen (z. N.). (80)
Herm. Bertram, Aug. Schreiber aus Harriehausen. (108)
Paul Dörmann aus Lugenburg, Jean Kusmann aus Sidbarb, Franz Finklar aus Sidbarb, Cornel. Maigret aus Utrecht, Karl Schmidt aus Düsseldorf. (72)
Andreas Hättig, Karoline Better, Regina Better, Karoline Wacker aus Weier, Karl Rappes aus Sulz bei Lahr. (256)
Friedr. Grottenbief aus Enger, Gust. Strathmann aus Bünde, Friedr. Asmann aus Buer. (249)
Otto Gerike aus Dahme, Franz Müller aus Lübben. (68)
Gust. Steinhoff, Wilh. Probst aus Wrescherode, Karl Hanz aus Ellerde. (42)

Owen Swarnow aus Westph. (182)
 Adolf Diebe aus Potsdam (A. R.) (271)
 Aug. Kahlmeyer, Joh. Rheinländer aus Heiligenstadt, Joseph Kahlmeyer aus Westhausen. (158)
 Joseph Bernhard Kopp. (187)
 Martha Kaumann geb. Fleischer aus Görlitz, Aug. Kösch geb. Viewald aus Gausdorf. (184)
 Martin Bartkowiak aus Schrim in Posen. (248)
 Paul Barshorn aus Apolda. (176)
 Alwin Böhmer aus Lössau. (195)
 Friedr. Mayer aus Havelberg, Oskar Hüfner aus Altenburg (A. R.), Bertha Hüfner geb. Junge aus Leutmannsdorf, Margarete Pföhner geb. Hink aus Bruck, Theresie Lehmann geb. Graf aus Lorgau. (348)
 Julius Reiche aus Schwerin. (317)
 Anna Peters aus Achim, Frh. Vette aus Petershagen, Ottillie Raubut aus Bries, Eduard Dohmann aus Bremen (A. R.). (34)
 Henriette Lent geb. Grubmann aus Elbing. (80)
 Emma Haak aus Köslin. (168)
 Gottlieb Altmann, Anna Reichert aus Trebbin, Bertha Schulze aus Bendorf. (346)
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Dessau**: Karl Lingner als 1. Bev., F. Weintauf als 2. Bev., Otto Enders als 3. Bev.; S. Henning, W. Wehner, Karl Franz als Kontrolleure.
 Für **Frankenhausen a. Kyffh.**: Ernst Wallrodt als 3. Bev.
 Für **Frankenstein**: Robert Hauke als 1. Bev.; Reinhold Riedel als Kontrolleur.
 Für **Goldberg**: Herm. Beer als 1. Bev., Paul Beer als 2. Bev., Albert Sippe als 3. Bev.; Heinz. Eyrer, Paul Bernert, Jul. Specht als Kontrolleure.
 Für **Nieder-Salzbrunn**: Eugen Schmidt als Vertrauensmann.
 Für **Oppeln**: Karl Kaffner als 1. Bev., Paul Kostlosch als 2. Bev., Felix Hunja als 3. Bev.; Valent. Andals als Kontrolleure.
 Für **Osnabrück**: Chr. Kreuz, E. Hadmann als Kontrolleure.
 Für **Ratibor**: Wlth. Poteschwig als 3. Bev.
 Für **Soran**: Frh. Krause als 1. Bev., Paul Prüfer als 2. Bev., Theod. Frische, Wlthald Helbig als Kontrolleure.
 Für **Striegau**: Paul Giekmann als 1. Bev., Ewald Tillmann als 2. Bev., Paul Wansch als 3. Bev.; Herm. Fahmsfeld, Adolf Weber-schul, Herm. Baron als Kontrolleure.
 Für **Varel**: Heinr. Eihren als 1. Bev., Karl Müller als 2. Bev., Anton Müller als 3. Bev.; M. de Bries, H. Jabens als Kontrolleure.
 Für **Königs-Wusterhausen**: Franz Adam als 2. Bev., Paul Bepfy als 3. Bev.; Karl Ernst als Kontrolleur.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Dessau**: Bei Otto Enders, Feiniger Straße 4, links.
 In **Oppeln**: Bei Karl Kaffner, Kräuterei 11.
 In **Hyda**: Bei Franz Würh, Langestr. 1, zu jeder Tageszeit.
 In **Königs-Wusterhausen**: Bei Rob. Lehner, Alte Plan-tage 2. Nur von 7-8 Uhr abends.

Adressenänderungen:

Für **Bruck v. Erlangen**: Der 1. Bev. M. Hofmodel wohnt jetzt Nr. 24.
 Für **Cüstrin**: Der 1. Bev. Joh. Muggenburg wohnt jetzt Bahnhofsstraße 5.
 Für **Delmenhorst**: Der 1. Bevollm. A. Jordan wohnt jetzt Nebingstraße 74.
 Für **Gotha**: Der 1. Bev. Herm. Steindorf wohnt jetzt Siebleberstraße 6, Hof II.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
 In **Cöln a. Rh.**: Sonntag den 25. November abends 6 Uhr im Lokale zum Köffel, Neumarkt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht.
 Umfshauen ist verboten. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Duisburg**: Sonnabend den 1. Dezbr. abends 1/9 Uhr bei Herrn Ludwig Wöser, Unterstr. 75. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Frankenberg i. S.**: Montag den 26. November abends 1/9 Uhr im Stadtpark. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Gotha**: Montag den 26. November Besprechung bei Witwe Schmitz. Wegen dringender Geschäftsordnung sind sämtliche Mitglieder verpflichtet, zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Heidelberg**: Sonntag den 25. Novbr. nachmittags 1/3 Uhr in der Brauerei Krauß, Hauptstraße 37. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Jauer**: Sonntag den 25. November nachmittags 4 Uhr im Gasthof zum Kronprinz. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Berichterstattung von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Magdeburg**: Sonnabend den 24. Novbr. abends 1/9 Uhr im Vereinslokal, Jagdschloßberg 9. Tagesordnung: 1. Beratung der zurückgestellten Anträge der letzten Versammlung. 2. Beratung der Statuten des Gewerkschaftsartikels. 3. Wahl der Vertreter zum Gewerkschaftsartikell. 4. Verschiedenes. — NB. Ausstehende Listen und Gelder für den Vertrauensmann sind bis dahin abzuliefern, widrigenfalls Veröffentlichung erfolgt. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Münchhof**: Sonntag den 25. Novbr. nachmittags 1/4 Uhr

im Gasthof des Herrn Wilhelm Beyer. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Pyrmont**: Sonntag den 25. November morgens 9 Uhr. Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Schwülau**: Montag den 26. November abends 8 Uhr bei Witwe Kurze, Grüne Aue. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.
 In **Trebbin**: Sonnabend den 24. November abends 1/9 Uhr. Tagesordnung: Wahl zweier Delegierter zum Gewerkschaftsartikell. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Brandenburg. Unser Verkehrslokal befindet sich Wollenweberstraße 8, Gasthof zur Mühle. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Bretten. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Lohnreduktion hier erliebigt ist, und daß der Zugang wieder offen ist. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Duisburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich der Arbeitsnachweis nicht bei Wlth. Kuehl sondern bei Heintz. Naß, Kleiner Kalkhof 24, befindet. — Die von auswärts nach hier steuernden Mitglieder wollen ihre Beiträge an dieselbe Adresse senden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Düsseldorf. Die Centralherberge befindet sich jetzt im Düsseldorf-Gewerkschaftshaus, Berger Str. 8. Für gute und reinliche Logis ist bestens gesorgt und werden die reisenden Kollegen ersucht, obiges Lokal zu berücksichtigen. Ferner wird vom 1. Dezember ab daselbst die Reiseunterstützung während des ganzen Tages ausgezahlt. Unsere Mitgliederversammlungen finden für die Folge ebenfalls in obigem Lokal statt, und zwar die nächste am Sonnabend den 15. Dezember. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Geldern. Da hiesige Kollegen gemungen sind, auswärts Arbeit zu suchen, bitten wir Zugang fern zu halten.

Herzberg a. H. Den reisenden Kollegen zur Kenntnisnahme, daß das Umschauen in den Fabriken untersagt ist. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Itzehoe. Der Zugang nach hier ist wieder frei, indem die Forderungen der Arbeiter bis auf einige Kleinigkeiten bewilligt sind. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Magdeburg. Die Beiträge werden regelmäßig jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Jagdschloßberg 9 entgegen genommen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Nieder-Salzbrunn. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß hier keine Reiseunterstützung ausgezahlt wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Velten. Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß hier keine Unterstützung mehr ausgezahlt wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Roh-Tabak.

Sumatra à 180 Pfg., Vollblatt mittel bis braun, 150 mittel u. dunkel, 180 dunkelbraun, 220 mittel u. braun, 230 mittel, 250 braun, 260 hell, 270 mittel u. dunkel, 280 hell u. mittel, 300 mittel u. hell, etwas matte Farben, 320 mittel, 330 hell u. graue Farben, 360 mittel u. braun, 380 mittel bis braun, Borneo 400, hellgoldfarbig u. etwas blaßgrau, Java, Einlage à 85, 90 u. 95 Pfg., leicht u. kräftig, Java, Umblatt à 110 u. 130 Pfg., sehr fein, St. Felix-Brasil 110-140 Pfg., Mexiko, Erbsen für Brasil 125 Pfg., kräftig, Domingo 105-115, Carmen 100-120 Pfg., Havanna 500 bis 600 Pfg., Mexiko-Decke, gute Qualität, weißer Brand, deckt mit 3 Pfd. à 300 Pfg., Vosgüt 85 Pfg., Eisener Nebut, Umblatt 80 Pfg., Märter 75 Pfg., Formen, Pressen und Utensilien empfiehlt und versendet stets prompt unter Nachnahme

Berlin, Brunnenstraße 188. M. Herholz.

En gros. Rohtabak En détail. F. W. Helmecke, Magdeburg. Grosse Auswahl! Billigste Preise! Preisliste gratis und franko.

Aufzubewahren! Sumatra-

Decktabake. Ich will mein großes Lager in Sumatras schnell und gegen bar räumen. Deshalb offeriere ich zu meinen alten billigen Preisen, Versand nach ganz Deutschland gegen Nachnahme in Postpaketen oder in Ballen und gewähre den außergewöhnlichen hohen Diskont von 10 Prozent:
 Deli Matschy H, Vollblatt, weißer Brand 140 Pfd.
 Pagoerawan S S 1, groß, Mittelfarben 180
 Paju Jambu Lankat, Vollblatt, gut deckend 200
 Deli Tabak, Vollblatt, guter Brand 200
 Deli Tabak Matschy S, Mittelfarben, gut deckender Tabak 230
 Deli Kultur, feinfarbiges Vollblatt, 3. Länge 250
 E P Pagoerawan S S S I, mittelfarb. bis hell 250
 Deli Tabak Matschy Lankat S, gut. Brand und Deckkraft 250
 Senembah Matschy B K, Vollblatt, reine herrliche Mittelfarben 280
 LPC/T, erste Sortierung, hellere Farben 280
 Senembah Matschy P, feine Farben und Brand, etwas getigert 300
 Deli Matschy E S S 1, gut bed., Mittelfarb. 380
 P D Deli, Vollblatt, rötlich hell, gut deckend 350
 Amsterdamer Deli, hellrotes Vollblatt 375
 St. Cyr Deli, hellrotes Vollblatt, fein. Tabak 400
 B M Lankat L 2, feinste helle Farben 450
 Alle meine Umblatt- und Einlage-Tabake als Pfälzer pro Pfund 70, 73, 75, 80 und 85 s, Adernärter 70 und 75 s, Java 95 und 130 s, Brasil 110, 120 und 160 s, Carmen 105, 110, 120, 125, 130 s, Domingo 120 s liefern zu diesen billigsten Preisen netto Kasse ohne Diskont! Wer billig und gut fabrizieren will, kaufe bei mir.

Albert Kramolowsky
 Breslau, Ring 60
 Koh- und Rahtabak, Cigarettenfabrik.
Rohtabak
 alte reife Ware, in allen Preislagen
 H. Kurnieker, Berlin N.
 Voßtringer Straße 8, am Prenzlauer Thor.

Rohtabak
 in- und ausländisch verzollt, empfiehlt und versendet per Nachnahme
Hermann Heimbald, Mühlhausen i. Thür.

Rohtabak.

Sumatra 150, 170, 200, 220, 250 bis 350 s;
 Java 75, 80, 85, 90, 100 bis 200 s; St. Felix 75, 80, 85, 90, 100, 110 bis 240 s; Seedleaf 80, 85, 90, 95 bis 110 s; Carmen 75, 80, 85, 90 bis 110 s; Domingo 80, 85, 90 bis 100 s; Mexiko 100, 200 bis 250 s; Havanna 215, 240, 260, 300, 350 s; Gemischt. Losblatt 70, 75, 80 s.
 Breite verzollt, Versand gegen Nachnahme.

B. Iben, Bremen, Haferkamp 46.



Karl Rese, Bremen
 empfiehlt alle Sorten
Rohtabake
 billigst.

Sumatra!
 höchste Deckkraft, weißer Brand, per Pfd. nur 2,30, 2,60, 2,80 Mk. und höher; alle anderen Tabake zu Bremer Preisen empfiehlt
Carl Roland, Berlin SO.
 Kottbusser Straße 3a.
 Meinem Bruder Heinrich Nienhuyzen nebst Fräulein Anna Jenisch zu ihrer Hochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
 Dein Bruder Johann in Langendreeer.

Finsterwalde.

Sonnabend den 1. Dezember findet im Gesellschaftshause Raundorf unser **Stiftungs-fest** bestehend in Theater, Ball und komischen Vorträgen statt.
 Die Mitglieder, auch die auswärtigen, werden hiermit freundlichst eingeladen.
 Das Festkomitee.

Rohtabak.

Große Auswahl. Billigste Preise.
 Sumatra-Decke, pr. Pfd. 1.50, 1.80, 2.—, 2.20, 2.50, 2.75, 3.—, 3.25, 3.50, 4.—.
 Sumatra-Umblatt, pr. Pfd. 1.10, 1.20.
 Java-Decke, pr. Pfd. 1.50, 2.—, 2.25.
 Java-Umblatt, pr. Pfd. 0.90, 1.—, 1.20.
 Java-Einlage, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.85.
 St. Felix-Brasil, pr. Pfd. 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.50, 1.80, 2.40.
 Domingo-Umblatt, pr. Pfd. 0.85, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20.
 Carmen-Umblatt, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20.
 Seedleaf-Umblatt, pr. Pfd. 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30.
 Gemischte Einlage, nur aus überseischen, gefunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. 0.70, 0.75, 0.80, 0.85.
 Versand unter Nachnahme.
 Credit nach Übereinkunft.

Brandt & Sohn
 Bremen, Breitenweg 30.

Achtung, Kollegen.
 Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake gut in Brand und Qualität.
181 Sebastian Gröbel 181
 Berlin N., Brunnenstr.

Sumatra
 schöne mittelbraune Decke, Vollblatt, 2. Länge, weißer Brand, pr. Pfd. 1,50 A verzollt offeriert
Carl Krause, Dresden-N.
 Förstereistraße 9.

Rohtabak-Lager
 Sämtliche Sorten Tabake empfehlen zu den billigsten Preisen
Hengfoss & Maak
 Altona-Ottensen, Bismarckstr. 28.
 Fernsprecher: Altona 1463.
 Zwei junge tüchtige Cigarettenarbeiter finden dauernde Stellung, Lohn 7,50 Mk. bis 8 Mk. per Mille bei ausgelegtem Deckblatt. Kost und Logis 6,50 Mk. Bei Wilhelm Armbracht in Stroitt bei Naenzen (Braunschweig).
 Ein erfahrener Cigarettenarbeiter, welcher auch sortieren kann, sucht passende Beschäftigung. Off. bitte unter B. S. 1874 an die Exp. d. Bl.

Ein j. Cigarettenmacher, Verb.-M., der selbst Wlth. m. kann, sucht Arb. Fr. Zähne in Mügeln.
 Gesucht 3-4 tücht. Cigarettenarbeiter mit Wlthm. Verheiratete werden bevorzugt. Lohn 5,50 bis 6 Mk. bei entrippter Einlage und Decke bei J. Simons Söhne.
 Auskunft erteilt Franz Lau, 2. Bev., Jastrow.
 Eine tücht. Wickelmacherin, welche 3000-3500 wöchentlich macht und etwas Hausarbeit verrichtet, gesucht bei freier Station und 8 Mk. Lohn wöchentlich. Auskunft erteilt Ludwig Klein, Köln, Zahnstraße 27, II.

Fünf Mark Belohnung
 demjenigen, welcher mir die Adresse des Karl Krüger aus Gatz a./D. zukommen läßt. Es handelt sich um Auslagen in Erbschaftsangelegenheiten. Krüger hat lange Jahre in Bremen gearbeitet. Desbezügliche Nachricht wolle man an Wlth. Bogeler, per Adr. Frh. Eyrer, Berlin, Ruppiner Straße 44, richten.

Die Herren Bevollmächtigten werden ersucht, mir den Aufenthalt des Cigarettenmachers Hugo Pflügel aus Bries mitzuteilen, event. ob derselbe verstorben ist und wo. Gust. Drabner, Breslau, Matthiasstraße 183.

Ersuche die Bevollmächtigten und sonstigen Kollegen, die die Adresse des Wilhelm Deter aus Bremen kennen, mir dieselbe zuzufinden. Porto wird vergütet. Paul Weimert, 1. Bevollmächtigter, Seesen a. S., Braunschweiger Str. 353.

Unserem werten Freund und Kollegen **Friedrich Lang** zu seinem am 28. November stattfindenden 72. Geburtstag ein bonnerndes Lebehoch!
 Deine Tischkollegen der Zahlstelle Johannegeorgenstadt.

Unserem Freund und Kollegen Heinrich Garibade aus Garmisch zu seinem am 21. d. M. stattgefundenen Wiegenfeste die besten Glückwünsche.

Unserem Freund und Kollegen Frh. Müller zu seinem am 26. Nov. stattfindenden 19. Wiegenfeste ein dreifach bonnerndes Lebehoch.
 Die Kollegen von Langendreeer
 C. A. J. D. F. S. G.

Codes-Anzeigen.
 Am 11. November verschied nach schwerem Leiden unser Kollege Moritz Arnold im Alter von 24 Jahren. Der Verstorbene war Mitglied beider Kassen.
 Die Mitgliedschaft Finsterwalde.

Am 14. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden das Mitglied H. Strothmann aus Versmold. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Zahlstelle Bünde.

Am Freitag den 16. November starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege Heinar Bertram im Alter von 48 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Zahlstelle Düsseldorf.

Am 16. November starb nach langem, schwerem Leiden an der Berufskrankheit unser Kollege Friedrich Woblik aus Dobrilugk im Alter von 46 Jahren. Er war Mitglied beider Kassen. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Zahlstelle Saagen. Friede seiner Aiche.

Briefkasten.
 Vereins-Inserate müssen geklebt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. — Bei Einlegung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
 J. A., Langendreeer 40 s — C. A., Langendreeer 50 s — G. A., Dresden 50 s — H. A., Johannegeorgenstadt 70 s — B. A., Seesen 50 s.